

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger
für das Erzgebirge in den Verlags-
stellen. - Einzelhefte 5 Pf. -
Jahrespreis 40 Pf. -
Postamt Nr. 20.

Verlagsstellen für das Erzgebirge
Postamt Nr. 20 Leipzig
Postamt Nr. 20 Chemnitz
Postamt Nr. 20 Schneeberg
Postamt Nr. 20 Aue

Telegramm: Egebllt 'Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates des Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postamt-Nr. 20
Nr. 20 **Donnerstag, den 24. Januar 1924** **19. Jahrgang**

Vor einem neuen Gewaltakt? Enteignung des Ruhrindustrials

Aus dem besetzten Gebiet wird dem „Tag“ geschrieben:
Die verlautet, planen die Franzosen zum nächsten Termin der Wiscum-Verträge einen neuen Gewaltakt. Sie wollen unter bestimmten Vorwänden die Industrie des Ruhrgebietes enteignen. Soweit die Werke im Ruhrgebiet Aktien Gesellschaften oder Gewerkschaften sind, beabsichtigen die Franzosen, Aktien und Rufe für wertlos zu erklären und neue in Paris zu begeben. Ausländischen Inhabern der bisherigen Aktien und Rufe soll anheimgestellt werden, sich durch ihre Regierungen entschädigen zu lassen. Ein hoher französischer Offizier der Besatzungsarmee habe kürzlich geäußert: „Hat man je gesehen, daß eine Arbeiterregierung (gemeint ist die englische) etwas anderes tut, als reden? Daß sie handelt? Außer dem wird England durch die Wirtschaft der Arbeiterregierung viel zu viel innere Schwierigkeiten haben und zu geschwächt sein, als daß es überhaupt handeln könnte. Auch der Rheinstaat ist für uns Franzosen nur interessant, wenn wir gleichzeitig die deutsche Industrie darin bekommen. Wir werden erst den Rheinstaat machen und dann die Werke im Ruhrgebiet an uns bringen. Wenn sie dann etwas schlechter gehen, als unter deutscher Leitung, ist uns das auch egal. Unsere Ingenieure sind keine Idioten.“

Stillest der Stadt Speyer.

Die Stadt Speyer fand telegraphisch einen Hilferuf in die Welt, in dem auf das grausame Schicksal der Befangenen im Regierungsgebäude in Speyer hingewiesen wird, deren ganzes Vergehen sei, die Regierung der autonomen Pfalz nicht als rechtmäßige Behörde anerkannt zu haben. Selbst Frauen wurden brutal geküßelt: nur General de Mes, der dem Regierungsgebäude gegenüber wohnt, wolle ihre Klagen nicht hören, die Tag und Nacht durch die Mauern dringen.

Streiknarhen im Westen.

Terroristische Streikender in Barmen.

Etwa 800 Ausländische versuchten auf der Allee den Transportverkehr zu unterbinden. Polizeibeamte die die Menge zerstreuen wollten, wurden angegriffen und mußten von der Schutztruppe Gebrauch machen. Verletzungen sind jedoch, soweit bekannt, nicht vorgekommen. Die zum Schutze der Arbeitswilligen aufgebundene Schutzpolizei wurde in Kranenbergr von Streikenden angegriffen und beschossen. Zwei Schutzpolizeibeamte erlitten Verletzungen. Die Beamten erwiderten das Feuer. Ob jemand in der Menge getroffen wurde, war nicht festzustellen. Mehrere Personen wurden festgenommen und bei ihnen Schlagringe und andere gefährliche Werkzeuge vorgefunden. Einer der Verhafteten war im Besitze einer geladenen Armeewistle.

Der Streik im Aölnes Braunkohlenrevier.

Der Streik im Aölnes Braunkohlenrevier hat gestern mit einer einzigen Ausnahme (Kölnische Gruben des Reviers) erlosch. Auf zwei Gruben wird mit Hilfe von Arbeitern, die die englische Besatzungsbehörde requiriert hat, der Betrieb soweit aufrechterhalten, daß die beiden Elektrizitätswerke, die die Stadt Aöln und die Industrie mit Licht und Kraft versorgen, weiterarbeiten können. Das Eingreifen der englischen Besatzungsbehörde soll keine Parteinahme für die Unternehmer bedeuten. Es wird lebhaft mit der Notwendigkeit der Sicherung des weiteren Funktionierens der lebenswichtigen Kraftwerke begründet.

Streik und Stilllegung.

Die „Aöln. Zig.“ meldet, daß infolge des Terrors einer kleinen Minderheit die gesamte Belegschaft der Stahlwerke Weyer, A.-G. in Wöllsch bei Krefeld, in den Ausstand getreten ist. Die Werke sind durch Streikposten abgeblerrt. In Krefeld ist die Streiklage unüberderrt. Die Hagener Gußstahlwerke haben ihren Betrieb bis auf weiteres geschlossen und die gesamte Belegschaft entlassen mit der Begründung, daß die Belegschaft ohne rechtlichen Grund die Arbeit niedergelegt habe und nicht zur Arbeit erschienen sei.

Ergerstreik in Saarbrücken.

Ein Ergerstreik, der bisher nur die bürgerlichen Blätter umfaßt, ist nunmehr allgemein ausgebrochen. Die Arbeiter lehnten es ab, zu den Bedingungen zu arbeiten, die in dem im Saarrevier einzuführenden deutschen Tarif enthalten sind. Durch den Streik ist die deutsche Wahlpropaganda für die am kommenden Sonntag bevorstehenden Landesratswahlen auf das Schwerste gefährdet.

Börse und politische Lage in England.

Die Börse reagiert auf den Regierungswechsel und den Streit mit einem Rekordfall des Sterling auf zeitweise 4,2 Dollar. „Standard“ behauptet, die Bewegung sei verschärft durch französische Verkäufe. In der Gith wird von einer Erhöhung des Diskontsatzes gesprochen, obwohl man einleht, daß damit wenig geändert werde, sondern daß „man notwendigerweise wieder vernünftiger werden müsse“. Eine offizielle Notiz sucht die Stimmung wegen der Blockade der Aölnen Zone zu beruhigen, indem sie betont, daß die neuesten Berichte ergeben, daß die französische Aktion mehr gegen das deutsche als gegen das englische Interesse gerichtet sei. Die Notiz ist wohl veranlaßt, weil die Pressekommentare eine gefährliche Schärfe anzunehmen begonnen hatten.

Zum Kabinett Macdonald

Sind außer den gestern veröffentlichten noch folgende Namen zu nennen: Wealthy Gesundheitsminister, William Adamson Staatssekretär für Schottland, Trevelyan Unterrichtsminister, Tom Shaw Arbeitsminister, Vernon Darrishorn Postminister, Oberst Wedgwood Kanzler für die Grafschaft Lancashire, Jowett Minister für öffentliche Arbeiten.

Die Minister des neuen Arbeiterkabinetts haben gestern bei einem im Buckingham-Palast abgehaltenen Kronrat den Eid geleistet. Der Prinz von Wales wohnte dieser Handlung bei. Alle bisher ernannten 20 Minister sind zu einem Kabinettrat in Downing-Street zusammenberufen worden.

Ein konservatives Mißtrauensvotum.

Für die nächste Sitzung des Unterhauses liegt bereits ein konservativer Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Macdonald vor, welcher lautet: Das Haus hat kein Vertrauen in eine Regierung, welche weniger als ein Drittel der Wählerschaft darstellt, die sich den Grundsätzen und der Praxis des Sozialismus verschrieben hat, und welche deshalb ungeeignet ist, die Regierung dieses Landes im Einvernehmen mit den Wünschen der großen Mehrheit der Bürger zu führen.

Eine praktische Bedeutung kommt diesem Mißtrauensantrag nicht zu. Die Stellung der Liberalen zur Regierung Macdonald ist durch die Erklärungen Macquiths und Lloyd Georges bis auf weiteres festgelegt. Von dieser Seite können die Konservativen keine Unterstützung erwarten. Sie bleiben mit ihrem Mißtrauensantrag allein, der ja auch nur bezweckt, die grundsätzliche Stellung der Partei gegenüber einer sozialistischen Regierung — im Parteinteresse — festzulegen.

Eine Abfrage Kraffins an Poincare.

Kraffin erklärte Pressevertretern: Die französische Regierungspresse behandelt das schwere Währungsproblem als Hauptfrage, wodurch die aktuelle Aufgabe der Schaffung einer Rechtsgrundlage für den französisch-russischen Handel in den Hintergrund geschoben wird. Als wir in Paris eine Handelsagentur begründeten, betrachteten wir sie als vorläufigen Versuch, den wir im Laufe von zwei Jahren gebuldig fortsetzen. Wir haben allen Grund, das Scheitern einiger Konzeptionsverhandlungen auf den inoffiziellen Druck der französischen Regierung zurückzuführen. Wir rechnen mit der Möglichkeit, daß die Verhandlungen mit der französischen Gruppe in Armoj Nog über eine Metallkonzeption im Dones-Beden durch direkten oder indirekten Druck der französischen Regierung scheitern. Allerdings ist die Verwirklichung solcher Abkommen unter den jetzigen vertragslosen Verhältnissen schwer denkbar. Der Versuch des zweiseitigen Handels mit Frankreich ist ohne Rechtsgrundlage abgeschlossen. Der Optorgprozeß der unsere Zweifel hinsichtlich der Möglichkeit erneuerter Geschäfte bekräftigt. Ist die französische Regierung vor die Alternative, entweder den Handel mit Rußland vollkommen einzustellen oder die Politik von Grund aus zu ändern. Wir verzichten nicht auf einzelne Geschäfte, aber im Falle weiterer Vertraglosigkeit werden wir unsere Pariser Agentur stark abzubauen müssen, und die französischen Firmen werden ihre Angebote den Sowjet-Handelsvertretungen in London und Berlin zugehen lassen müssen. Die Verhandlungen über die zaristischen Schulden und über das nationalisierte Eigentum können sich endlos hinzuziehen, unterdessen würde dann der Handel ohne Rechtsgrundlage gänzlich stillgelegt werden. Ist das der Wunsch des französischen Ministerpräsidenten? Unser Handel, der unabhängig von den Wünschen Poincares die meisten europäischen Märkte immer tiefer erfasst, ist nicht auf Frankreich angewiesen.

Was Lenins Leben.

Wladimir Iljitsch Iljanow-Denin (die Betonung liegt auf dem e) entstammt einer adeligen großrussischen

Familie und hat sein jährliches Blut in den Adern. Er wurde im Simbirsk 1870 als Sohn eines Gymnasialdirektors geboren. Er studierte mit seinem Bruder Alexei an der Universität Kasan, wo sich beide im revolutionären Sinne betätigten. Alexei Iljanow wurde nach einem mißglückten Bombenanschlag auf Zar Alexander III. gehängt; seitdem führte Wladimir Iljanow den Revolutionärnamen Denin. 1897 wegen seiner Teilnahme an den Arbeiten der Sozialisten nach Sibirien verbannt, flüchtete er von dort in die Schweiz. Auf dem Londoner Parteitag der russischen Sozialisten übernahm Denin die Führung des radikalen Flügels, der Bolschewisten. In der Revolution von 1905 spielte Denin keine bedeutende Rolle, ging dann nach London und schließlich nach Krakau, wo er bei Kriegsausbruch belagert wurde. Friedrich Adler verhalf ihm aber zur Flucht in die Schweiz, wo er bis zum Zusammenbruch des zaristischen Rußlands lebte. In Petersburg entwickelte er eine eifrige Tätigkeit, bis im November 1917 die Bolschewiki die Macht an sich reißen konnten, an deren Spitze Denin als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare trat. Bereits im Jahre 1921 legte Denins Wandlung ein mit der Konzeptionsverteilung an ausländische Kapitalisten und Pächter. Ein Anschlag auf Denin im Jahre 1922 mißlang, im März 1923 wurden die Leipziger Werke Geheimrat Dr. v. Ströhmell und Geheimrat Dr. Bunte nach Wroslaw zu Denin, der damals an einer komplizierten Herberkrankung litt.

Staats — Nachfolger Lenins?

Der Nachfolger Lenins als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare soll, wie Kammerers Büro von gut unterrichteter Seite erfährt, der Vorsitzende der kommunistischen Partei Stalin sein, und nicht Krowin. Die Entscheidung über die Nachfolge Lenins liegt bei dem Kongress der Union der Sowjetrepubliken, der wahrscheinlich am 26. Januar darüber entscheiden wird.

Deutsches Beileid zum Tode Lenins.

Unabhängig des Ablebens Lenins wird auch die deutsche Reichsregierung ihr Beileid zum Ausdruck bringen. Dabei dürften sich Schwierigkeiten aber die Form ergeben haben, in der dies geschehen soll, da die Frage aufgeworfen ist, ob Denin als Staatspräsident oder als Ministerpräsident anzusehen ist. Vermutlich wird die Entscheidung in letzterem Sinne ausfallen.

Giunta über Mussolinis Außenpolitik.

Bei einer Programmrede in Neapel kam der Sekretär der Faschistenpartei, Giunta, auf die Außenpolitik zu sprechen und wies auf die große Entschlossenheit hin, womit Mussolini an das Adria-Problem herangetreten sei. Während Mussolini mit Admiral Lorisio über die Frage verhandelt, hatte er an der Ostgrenze 50 000 Mann und 5 Artilleriekorps aufgestellt und 100 000 Schwarzheiden in Bereitschaft gestellt, die auf den ersten Ruf losgeschlagen hätten. So sei Mussolini in die Verhandlungen eingetreten. (Völkischer Beobachter.) Giunta sagte ferner: „Wir haben in der Außenpolitik noch anderes vollbracht. Frankreich gebachtet 800 000 Regter nach Europa zu bringen und schickte sich an, in der Kontinentalpolitik zu dominieren. Deutschland war niedergebrosen, England war beschliffen mit seiner schwierigen Innenlage, Poincare sichte sich zerschlagen als Herr Europas. Was tat da Mussolini? Er holte den spanierkönig aus Madrid nach Rom, und als Frankreich als Gegengewicht gegen Spanien sich mit Prag verständigte, da schloß Mussolini den Vertrag mit Weimar. Mussolinis Politik hat Still, denn wir Faschisten vergessen nicht, daß die Außenpolitik mit Bajonnetten und Kanonen gemacht wird.“

Das Kapital der Goldnotenbank.

Wie bereits mitgeteilt, wird sich der zuerst in Paris tagende erste Sachverständigenausschuß der Reparationskommission demnächst nach Berlin begeben. Um hier Informationen über die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands einzuziehen. Es ist anzunehmen, daß der Ausschuß bereits Anfang nächster Woche in Berlin eintrifft um sofort die Besprechungen mit den einzelnen Regierungsstellen aufzunehmen.

Im Vordergrund der Erörterungen werden die jetzt in Paris eingeleiteten Verhandlungen über die Erleichterung einer deutschen Goldnotenbank stehen. Ueber das Kapital der Goldnotenbank glaubt die „Kreuzzeitung“ auf Grund besonderer Informationen folgende Angaben machen zu können. Darnach soll das Kapital wie es verschiedentlich hieß, nicht 1 Milliarde Goldmark betragen, sondern nur 400 Millionen Mark. Die Goldmark, die zur Ausgabe gelangen soll, wird auf 1:2700 Milligramm Feingold basieren. Sie der Bank soll Berlin sein. Die Reichsregierung wird einen Kommissar bei der Bank ernennen. Das Verhältnis des deutschen Kapitals zu dem ausländischen steht noch nicht fest. Die Kommission, deren Wustenthal in Ber-

